



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 8. bis 14. August 2024

Die vergangene Woche stand ganz unter dem Vorzeichen der weiteren kritischen Aufarbeitung der vorherigen Regierung. Ministerpräsident Donald Tusk (KO) teilte mit, gegenwärtig würden Beweise für die rechtswidrige Nutzung von etwa einhundert Milliarden Złoty (23,32 Milliarden Euro) durch Politiker der Vereinigten Rechten zusammengetragen. Zugleich untersucht die Staatliche Wahlkommission die Rechtmäßigkeit von Ausgaben der Partei Recht und Gerechtigkeit im Wahlkampf; in Abhängigkeit von dem Ergebnis könnte die Partei ihre Ansprüche auf einen Teil ihrer staatlichen Subventionen verlieren und gezwungen sein, ihre Dotationen für den Wahlkampf von 2023 teilweise zurückzuerstatten. Präsident Andrzej Duda wiederum verteidigte den von seiner Regierung eingesetzten Landesrat für Rundfunk und Fernsehen (die KRRiT), wobei er dem gegenwärtigen Sejm und Senat widersprach, die den Jahresbericht des Rats nicht akzeptiert haben. Der Präsident ließ seinen Wunsch erkennen, den Rat seine Tätigkeit in seiner bisherigen Zusammensetzung fortsetzen zu lassen.

Duda in Unterstützung des Landesrats für Rundfunk und Fernsehen (KRRiT)

Wie bereits abzusehen war, berief Präsident Andrzej Duda den Landesrat für Rundfunk und Fernsehen nicht in seiner aktuellen Zusammensetzung ab, in der die meisten seiner Mitglieder von Recht und Gerechtigkeit berufen worden waren. Im Juni lehnte der Senat, im Juli der Sejm den Jahresbericht der KRRiT ab, was Anlass zur Verkürzung ihrer Amtsdauer gab. Doch diese Absicht wurde vom Präsidenten blockiert, da dieser „gewiss nicht die Ansicht teilt, die in Sejm und Senat vertreten wurde. Der Landesrat fungierte besonders in den vergangenen Monaten wirklich unter sehr schwierigen Bedingungen, vor allem in Anbetracht der vollkommen illegalen Veränderungen

bei den öffentlichen Medien und der rechtswidrigen Berufung von Vorständen“, teilte die Chefin der Präsidentschaftskanzlei Małgorzata Paprocka mit.¹

Zu den Vorwürfen der Regierungskoalition an den Rat gehören „zur Zeit der PiS-Regierung Nichteinhaltung des Grundsatzes, dass der Rat die Redefreiheit in Rundfunk und Fernsehen schützt, die Unabhängigkeit der Sender und die Empfänger vertritt und den offenen und pluralistischen Charakter von Rundfunk und Fernsehen sicherstellt“;² zum anderen kritisierte sie seine Parteilichkeit. Sejmmarschall Szymon Hołownia (Dritter Weg/ Polska 2050) sagte nach der Abstimmung im Sejm, die Tätigkeit der KRRiT und des Rats der Nationalen Medien (der RMN) müsse „genau überprüft“ werden, denn die von diesen beiden Institutionen getroffenen Entscheidungen ließen darauf schließen, dass sie sich über das Gesetz stellten.³ Damit bezog sich Hołownia unter anderem darauf, dass die KRRiT den öffentlichen Medien nicht die ihnen aus den Rundfunkgebühren zustehenden Mittel auszahlt.

Tusk über die „geschlossene Gesellschaft“

Am Freitag, den 9. August, lud Ministerpräsident Donald Tusk zu einer Pressekonferenz ein. Bei dieser Gelegenheit teilte er mit, Finanzminister Andrzej Domański, Justizminister Adam Bodnar, Geheimdienstchef Minister Tomasz Siemoniak und Marcin Łoboda, Chef der Landesfinanzverwaltung, hätten eine interministerielle Vereinbarung zur Aufdeckung von Missbräuchen durch die Vorgängerregierung getroffen. „Ich werde von einer geschlossenen Gesellschaft sprechen, wie sie konsequent seit 2016 geschaffen wurde und deren Folgen wir bis heute als Staat und Gesellschaft zu tragen haben“;⁴ teilte der Ministerpräsident mit und kündigte „ein koordiniertes Zusammenwirken“ an, um die Missbräuche zu bekämpfen. „Vor allem, wenn es um Möglichkeiten geht, das zurückzubekommen, was unrechtmäßig verausgabt oder geradewegs gestohlen wurde.“⁵ Nach Einschätzung des Regierungschefs seien in der PiS-Zeit unter Verstoß gegen die Vorschriften möglicherweise bis zu einhundert Milliarden Złoty (23,32 Milliarden Euro) verausgabt worden, und die Staatsanwaltschaft habe bereits gegen 62 Personen Anklage erhoben. Tusk ergänzte: „Wenn ich von einer ‚geschlossenen Gesellschaft‘ unter der Schirmherrschaft der PiS-Führung spreche, geht es mir um die Nutzung von öffentlichen Mitteln, von ganzen Ämtern und Mitarbeitern für den Wahlkampf der damaligen Regierungspartei.“⁶

Der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński reagierte umgehend auf Tusks Äußerungen mit der Stellungnahme: „Diese Regierung will sich weiterhin lügnerischer Propaganda bedienen. Diese

¹ <https://dorzeczy.pl/kraj/621250/prezydent-duda-zdecydowal-ws-krrit.html>

² <https://oko.press/na-zywo/na-zywo-relacja/duda-ratuje-krrit-rada-zostaje-w-skladzie-ktory-wybral-pis>

³ <https://www.rp.pl/polityka/art40940191-andrzej-duda-przeciwko-decyzji-sejmu-i-senatu-krrit-z-maciejem-swirskim-na-czele-dziala-bez-zmian>

⁴ <https://wyborcza.pl/7,75398,31216525,tusk-kas-oszacowala-skale-naduzyc-z-czasow-rzadow-pis-na-100.html>

⁵ <https://wyborcza.pl/7,75398,31216525,tusk-kas-oszacowala-skale-naduzyc-z-czasow-rzadow-pis-na-100.html>

⁶ <https://wiadomosci.radiozet.pl/polska/polityka/news-donald-tusk-zwolal-pilna-konferencje-uklad-zamkniety>

ein hundred Milliarden Złoty sind völlig aus der Luft gegriffen, die angeblich nach landläufigem Verständnis von Recht und Gerechtigkeit ‚gestohlen‘ wurden, oder in etwas subtilerer Fassung illegal verausgabte.“⁷ Der Vorsitzende der PiS-Fraktion im Sejm, Mariusz Błaszczak, pflichtete dem bei: „Donald Tusk hat keine Vorstellung davon, wie zum Beispiel der Anstieg der Energiepreise gebremst werden könnte, der Anstieg der Gaspreise, der Preis für Fernwärme. Stattdessen wird er sich mit der Abrechnung mit Recht und Gerechtigkeit befassen, also mit dem Kampf gegen die Opposition. Das ist weit von den Grundsätzen der Demokratie entfernt, von demokratischen Gebräuchen. Das ist offener Rechtsbruch mit dem Ziel, die Opposition auszuschalten.“⁸

In ähnlichem Tonfall äußerte sich auch der vormalige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS): „Die geschlossene Gesellschaft ist heute in Polen an der Regierung, und die Lügen ihres Chefs haben einen einzigen Zweck: Die größte Oppositionspartei in Polen auszuschalten und die Frage der Aufgabe des Zentralen Verkehrsknotenpunkts (CPK) zu verschleiern, der Nutzung von Kernenergie und der horrenden Preissteigerungen, die den Bürgern die Taschen leeren. Mit einer Obsession geht man zum Arzt und nicht in die Regierung.“⁹

Verliert Recht und Gerechtigkeit die Staatssubventionen?

Am 29. August wird die Staatliche Wahlkommission (PKW) entscheiden, ob Recht und Gerechtigkeit eine Subvention erhält. Sollte die PKW Beweise dafür finden, dass die Partei selbst auch nur ein Prozent ihrer Subvention (400.000 Złoty – 93.228 Euro) unrechtmäßig ausgegeben hat, wird ihr Finanzbericht abgelehnt. Justizminister Adam Bodnar sowie das Wissenschaftliche und Akademische Computernetz (die NASK) und das Zentrum für Regierungsgesetzgebung (RCL) haben der PKW Dokumente zukommen lassen, die solche Unregelmäßigkeiten belegen sollen. Die *Gazeta Wyborcza* berichtet, unter anderem befinde sich der vormalige Chef des RCL Krzysztof Szczucki unter der Lupe, der sechs Personen angestellt habe, um sich mit seiner Wahlkampagne zu befassen, statt für das Zentrum zu arbeiten. Zweifel haften gleichfalls an den Maßnahmen der NASK beim Programm zur Ermittlung von Desinformation, das in der Praxis für Meinungsumfragen zu die PiS-Partei betreffenden Themen eingesetzt wurde.¹⁰

Nach der abgesagten Juli-Sitzung der PKW reagierte PiS-Vorsitzender Jarosław Kaczyński folgendermaßen auf die Möglichkeit, seiner Partei die finanzielle Unterstützung zu entziehen: „Nach dieser Entscheidung, wenn sie im Sinne der Regierung ausfiele, dann lässt sich sagen, dass es in Polen bereits keine Demokratie mehr gibt, sie wird einfach liquidiert.“¹¹

⁷ <https://www.onet.pl/informacje/onetwiadomosci/kaczynski-odpowiada-tuskowi-patowladza-posluguje-sie-falszywa-propaganda/78qhw81,79cfc278>

⁸ <https://wyborcza.pl/7,75398,31218411,kaczynski-obecna-patowladza-posluguje-sie-falszywa-propaganda.html>

⁹ <https://wpolityce.pl/polityka/701949-tusk-o-ukladzie-zamkniety-burza-w-komentarzach>

¹⁰ <https://wyborcza.pl/7,75398,31222612,pkw-analizuje-dowody-w-sprawie-subwencji-pis-minister-bodnar.html>

¹¹ <https://www.rmfm24.pl/polityka/news-pis-straci-subwencje-kaczynski-sroda-dniem-proby-dla->

Wie der *Business Insider* berichtet, sagte Donald Tusk auf die Frage nach diesem Sachverhalt: „Allein die aus dem RCL eingereichte Dokumentation sollte schon ausreichen, um entschlossene Schritte zu unternehmen.“¹² Tusk merkte noch an, dies sei seine Meinung, er selbst habe jedoch nicht die Absicht, Einfluss auf die Maßnahmen der PKW zu nehmen.

Recht und Gerechtigkeit hat bereits angekündigt, im Falle der Aberkennung der Wahlsubvention Berufung bei der Kammer für Außerordentliche Kontrollen und Öffentliche Angelegenheiten des Obersten Gerichts einlegen zu wollen, die einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach kein Gericht ist. „PiS und Souveränes Polen haben diese Kammer gerade zu dem Zweck eingerichtet, um auf solche Situationen Einfluss nehmen zu können. Dies sind keine unabhängigen Richter, sondern von der Partei berufene Richter, die die Parlamentsmehrheit besaß“, sagte Jacek Karnowski (KO) in der Sendung „Tak jest“ (So ist es) bei TVN24.¹³

Jan Hartman verweist in der *Polityka* auf eine Äußerung von Jacek Sasin: „Wie sehr sich PiS vor der PKW fürchtet, zeigt Jacek Sasins ominöse Äußerung beim Radiosender RMF FM. Er kündigte an, im Falle der Ablehnung des [Finanz-]Berichts werde sich die Partei an die Massen ihrer Anhänger wenden. Die Regierung mit der ‚Straße‘ einschüchtern zu wollen, zeigt am besten, dass der Einschüchterer sich selbst fürchtet.“¹⁴

Jacek Nizinkiewicz kommentiert in der *Rzeczpospolita*: „Kaczyński besteht darauf, alle Mittel seien vorschriftsgemäß verausgabt worden. Daher wurden unter der PiS-Regierung die Vorschriften geändert, so zum Beispiel zum Gerechtigkeitsfonds, um dessen Zuständigkeitsbereich zu erweitern und dem Justizminister freie Hand bei der Vergabe von Geldmitteln zu geben. PiS rühmt sich, sie könne für alles Belege vorweisen. Doch beispielsweise auch der Fall Szczucki [Krzysztof Szczucki (PiS), Ende 2023 Bildungs- und Wissenschaftsminister; A.d.Ü.] zeigt, dass der Minister zu viele Verfahrensfehler begangen hat. Und Macht korrumpiert. Wobei absolute Macht absolut korrumpiert. Diese Gesetzesbrüche können nicht ungestraft bleiben.“¹⁵

polskie,nId,7746999#crp_state=1

¹² <https://businessinsider.com.pl/wiadomosci/co-z-subwencja-dla-pis-donald-tusk-zabral-glos-w-sprawie-rcl/2xv9p7h>

¹³ <https://tvn24.pl/go/audio,14/audio-tak-jest--odcinki,273880/odcinek-4112,S01E4112,1433085>

¹⁴ <https://www.polityka.pl/tygodnikpolityka/kraj/2266385,1,zrutka-na-pis-partia-straszy-bo-sie-boi-pkw-kaczynskiemu-jak-nigdy-powinela-sie-noga.read>

¹⁵ <https://www.rp.pl/komentarze/art40961121-jacek-nizinkiewicz-wladza-demoralizuje-a-wladza-absolutna-demoralizuje-absolutnie>

Tweet der Woche

„Ministerpräsident @donalduktusk spricht von einer ‚geschlossenen Gesellschaft‘. Herr Ministerpräsident, unter dieser ‚geschlossenen Gesellschaft‘ war für alles genug da. Unter ihrer ‚offenen‘ und lächelnden Gesellschaft gibt es nichts. Begreifen Sie den Unterschied?“¹⁶

Abgeordneter Mariusz Gosek (Souveränes Polen)

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann

¹⁶ <https://x.com/MariuszGosek/status/1821891827663859955>